

RS OGH 2004/6/22 14Os63/04, 12Os114/04

JUSLINE Entscheidung

© Veröffentlicht am 22.06.2004

Norm

StGB §228 Abs1

MeldeG 1991 §19 Abs1

MeldeG 1991 §22 Abs1 Z4

Rechtssatz

Einso wie ſich die Tätigkeit der Meldebehörde bei Ausstellung des Meldevisums bloß in der Beſtätigung erſchöpft, daß der Meldepflicht entſprochen wurde, damit aber keineswegs die Richtigkeit der im Meldezettel enthaltenen perſonenbezogenen Angaben beſtätigt wird, wird mit einer Meldebeſtätigung nach § 19 Abs 1 MeldeG 1991 lediglich die Tatsache der erfolgten Anmeldung eines Meldepflichtigen beſtätigt, nicht aber die Richtigkeit der von jenem im Meldezettel angegebenen - von der Meldebehörde nicht zu überprüfenden - Berechtigung zur Führung eines akademischen Grades. Fälschliche Angaben im Meldezettel ſind allenfalls nach § 22 Abs 1 Z 4 MeldeG 1991 verwaltungsbehördlich zu ahnden, verwirklichen jedoch nicht den Tatbeſtand des § 228 Abs 1 StGB.

Entſcheidungstexte

- 14 Os 63/04

Entſcheidungstext OGH 22.06.2004 14 Os 63/04

- 12 Os 114/04

Entſcheidungstext OGH 04.11.2004 12 Os 114/04

Auch; nur: Mit einer Meldebeſtätigung nach § 19 Abs 1 MeldeG 1991 wird lediglich die Tatsache der erfolgten Anmeldung eines Meldepflichtigen beſtätigt, nicht aber die Richtigkeit der Angaben im Meldezettel. (T1)

European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:OGH0002:2004:RS0119212

Dokumentnummer

JJR_20040622_OGH0002_0140OS00063_0400000_001

Quelle: Oberſter Gerichtshof (und OLG, LG, BG) OGH, <http://www.ogh.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

www.jusline.at